

KOALITIONSAUSSCHUSS VON CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND SPD

Dienstag, 13. April 2021

BESCHLUSS

Einsetzung einer Arbeitsgruppe **„Wirtschaftspolitische Impulse nach Corona“**

Seit über einem Jahr führt die Welt einen erbitterten Kampf gegen die Covid19-Pandemie. Für alle Gesellschaften weltweit und deren Volkswirtschaften stellt diese eine bislang nicht gekannte Herausforderung dar – so auch für den Freistaat Sachsen. Um Schäden in Wirtschaft und Gesellschaft zu lindern und die Gesundheitssysteme im Kampf gegen das neue Virus zu stärken, haben die Regierungen bislang unvorstellbar große Unterstützungsprogramme auf den Weg gebracht. Allein der Freistaat hat in einem einmaligen Vorgang Schulden im Umfang von fast einem Drittel seines regulären Haushalts aufgenommen, um die gravierendsten und drängendsten Folgen abzufangen. Das hat dazu beigetragen, die schlimmsten wirtschaftlichen Ausfälle, Arbeitslosigkeit und Absatzeinbrüche zu begrenzen. Gleichwohl sind gerade die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie gravierend.

Mit der Zulassung von Impfstoffen und deren wachsender Verfügbarkeit besteht nun erstmals eine Perspektive für deren Ende. Die Folgen werden uns gleichwohl noch über Jahre beschäftigen. Weder sind die langfristigen Folgen einer Covid-Erkrankung ausreichend erforscht noch sind die wirtschaftlichen Konsequenzen vollends erfasst. Zudem soll die Verschuldung des sächsischen Staatshaushaltes in den kommenden Jahren abgebaut werden, ohne die wirtschaftliche Erholung zu gefährden.

Die Folgeschäden in der deutschen und sächsischen Wirtschaft werden wir analysieren, um passgenaue Maßnahmen zu ergreifen. Während die Industrie – unterstützt durch die Weltwirtschaft – in Teilen bereits wieder Fahrt aufgenommen hat und positive Signale aussendet, befinden sich ganze Branchen wie der Tourismus, der stationäre Einzelhandel, die Kreativwirtschaft, viele Dienstleister oder der Gastronomie- und Veranstaltungsbereich oft in existenzieller Notlage.

Gerade jetzt, am Beginn der 2020er Jahre, stehen für Sachsen, Deutschland und Europa Weichenstellungen an, die noch sehr lange nachwirken werden. In den Bereichen Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheit stehen wir auch unabhängig von der Pandemie vor Umwälzungen, die massive Anstrengungen von uns erfordern. Gerade deshalb müssen wir jetzt unsere Anstrengungen bündeln und auf zukunftsfähiges Wirtschaften richten. Jetzt entscheidet sich, ob wir weiter Industrie- und Innovationsregion bleiben oder den Anschluss verlieren.

Debatten über europäische Souveränität und neue stabile Lieferketten gehören auf die Tagesordnung. Das Beispiel der sächsischen Automobilindustrie, die Rolle Sachsens auf dem globalen Chipmarkt sowie als wichtiger Produktionsstandort für Anlagen der Erneuerbaren Energie zeigen, wie verwundbar wir sind.

Das gilt auch für den Pharma- und Logistikbereich. Die Welt spürt gerade, wie wichtig die technologische Fähigkeit einer leistungsfähigen Impfstoff- und Pharmaproduktion ist. Ohne die starke Stellung Sachsens im internationalen Logistiksektor wäre die Versorgung großer Teile Deutschlands und Europas mit kritischen Gütern in den zurückliegenden Monaten nicht möglich gewesen. Sachsen und Deutschland müssen weiter in eine moderne Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft investieren.

Es gilt, die Stärken unserer sächsischen Wirtschaft auszubauen und sie weiter krisenfest zu machen. Um wieder auf einen stabilen und nachhaltigen Wachstumskurs zurückzukehren, brauchen wir neue wirtschaftliche Impulse für die Zeit nach der Covid-Pandemie. Es geht um mehr Beschäftigungschancen und Investitionen in neue Innovationszyklen. Es geht um die Frage, wie wir Forschung und Wirtschaft besser miteinander verzahnen. Und es geht darum, Umwelt- und Klimaschutz mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wohlstandsperspektiven verknüpfen.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien und des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr soll bis zum nächsten Koalitionsausschuss erste kurzfristige Vorschläge erarbeiten, um diesen Herausforderungen mit landespolitischen Mitteln zu begegnen. Bis zum Herbst sollen weitere Vorschläge vorgelegt werden.